

**BEZIRKSAUSSCHUSS DES 19. STADTBZIRKES
DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN
Thalkirchen - Obersending - Forstenried - Fürstenried - Solln**

Vorsitzender: Dr. Ludwig Weidinger

Protokoll der Sitzung des BA 19 vom 07.11.2023

Sitzungsort: Bürgersaal Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost, Züricher Straße 35

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Der Sitzungsleiter, Herr Dr. Weidinger, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Stimmberechtigte Mitglieder: 27

0 Bürgerinnen und Bürger haben das Wort

Mehrere Bürgerinnen und Bürger argumentieren gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft an der Schultheißstraße und bitten den BA um Unterstützung. Herr Dr. Weidinger, Herr Dr. Sopp und Frau Dr. Baumann antworten und erläutern die Beteiligung des Bezirksausschuss im Verfahren.

Eine Bürgerin spricht zum Tagesordnungspunkt 7.2 „Basketballfelder“ und spricht sich zustimmend über die bereits durchgeführten bzw. geplanten Maßnahmen aus. Für einen Verzicht auf Beleuchtung äußert sie Verständnis.

Eine Bürgerin und ein Bürger erläutern den Antrag zum Tagesordnungspunkt 7.4 „Fairteiler“ und bitten den Bezirksausschuss um Unterstützung.

1 Formalia

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zum Zeitpunkt der Feststellung der Beschlussfähigkeit sind 27 Mitglieder anwesend.

2. Festlegung der endgültigen Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in folgenden Punkten geändert bzw. ergänzt:

Allgemeines

2.3 (Antrag) Namenlesung zum Gedenken an den 9. November 1938

Budget

3.6 (Antrag) Bestellung städtischer Leistungen: Spielgeräte

Mobilität

5.8 (A) Schulwegsicherheit: Gehwegnasen Walliser Straße

Soziales, Bildung und Sport

7.6 (A) Hermann-von-Siemens-Sportpark: Öffnung der ehemaligen Freisportanlage, aktueller Planungsstand und Anpassung des Raum- und Bedarfsprogramms

7.7 (A) Schul- und Kitabauoffensive – 5. Schulbauprogramm

Kultur

8.3 (U) Vermietung stadteigenes Grundstück: Forstenrieder Allee vom 01.12. bis 23.12.2023

Nichtöffentliche TOPs

10.2 (U) Vorkaufsrechtsprüfungsverfahren

Die Tagesordnungspunkte werden in der Reihenfolge 0-1-2-7-8-3-4-5-6-9 behandelt.
Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

3. **Sammelbeschluss**

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden entsprechend dem Eintrag im Protokoll „Sammelbeschlüsse“ einstimmig beschlossen.

Budget: 3.2

Umwelt: 4.2

Mobilität: 5.4, 5.5, 5.7, 5.8

Bau und Planung: 6.2.1-6.2.3, 6.2.5, 6.2.6, 6.2.8

Soziales, Bildung und Sport: 7.3, 7.4

Kultur: 8.2, 8.3

Nichtöffentliche TOPs: 10.2

4. **Genehmigung der Protokolle vom 10.10.2023**

Die Protokolle werden einstimmig genehmigt.

2 **Allgemeines**

1. **Termine**

- das Mobilitätsreferat informiert den Bezirksausschuss 19 am Mittwoch, den 08.11.2023 um 18:00 Uhr im Bürgersaal über Ergebnisse und Lösungsvorschläge zur verkehrstechnischen Untersuchung Solln
- am 16.11.2023 von 16:30 bis 18:00 Uhr informiert die Polizeiinspektion 29 den Bezirksausschuss über Erfahrungen mit der Sicherheitswacht in anderen Stadtbezirken. Für den BA nehmen teil: Frau Bartsch, Frau Dr. Baumann, Herr Beckmann, Frau Bender, Frau Gordienko, Frau Gründlinger, Herr Dr. Sopp, Herr Dr. Weidinger, Herr Wirthl, Herr Wostal
- das Referat für Bildung und Sport bietet eine Webex-Information über die Durchführung des Bauvorhaben für den Schulkomplex Zielstattstraße an, z.B. Abwicklung Baustellenverkehr und Baumfällungen. Der Termin ist am 23.11.2023 von 17:00 bis 18:00 Uhr.
- am 23.11.2023 um 19:00 Uhr findet eine erweiterte Vorstandssitzung im Bürgersaal statt.
- der Bezirksausschuss 18 Untergiesing-Harlaching lädt zu einem Runden Tisch „Lärm und Umweltverschmutzung am Flaucher und an den Isarauen“ ein. Vertreten sollen auch die Bezirksausschüsse 6 und 19 sein. Der Termin ist am 29.11.2023, 18:00 Uhr in der BA-Geschäftsstelle.

2. **Informationen**

- das Protokoll der Kinder- und Jugendsprechstunde des Bezirksausschuss 19 vom 10.10.2023 und der aktuelle Stand der Bearbeitung der Anregungen

3. **(Antrag) Namenlesung zum Gedenken an den 9. November 1938**

Beantragt ist, dass der Bezirksausschuss 19 am 09. November 2023 um 16.15 Uhr an dem Erinnerungszeichen für die Familie Sängler in der Maria-Einsiedel-Str. 4 eine Namenlesung durchführt. erinnert wird an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die während der Nazizeit aus dem Gebiet des heutigen Stadtbezirks 19 verschleppt und ermordet wurden.
Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

3 **Unterausschuss Budget**

(Vortrag: UA-Vorsitzender Dr. Peter Sopp)

1. **Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte**

2. **(E) Elternbeirat Gymnasium Fürstenried: Englisch-sprachiges Theater am Gymnasium Fürstenried am 12.12.2023; Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11293**
 Beantragte Summe: 2.600,00 €
 Im Rahmen der Sprachförderung führt die Theatergruppe „White Horse Theatre“ zwei Vorführungen auf. Jeweils eine für die Grund- und eine für die Mittelstufe des Gymnasiums Fürstenried West. Der Besuch der Veranstaltung wird vorbereitet und danach findet eine Diskussion mit den Schüler*innen statt. Beantragt sind 45% der Kosten. Aufgrund der hohen Selbstbeteiligung, der großen und aktiven Beteiligung der Schüler*innen sowie der Integration in den Unterricht wird die Bezuschussung befürwortet.
 Der Bezuschussung in Höhe von 2.600,00 € wird einstimmig zugestimmt.
3. **(E) Jugendzentrum Treibhaus: Gagen zur Förderung der lokalen Newcomer-Szene 2024; Sitzungsvorlage Nr.: 20-26 / V 11436**
 Beantragte Summe: 3.032,25 €
 Das Jugendzentrum Treibhaus beantragt wie bereits für 2023 auch für 2024 eine Unterstützung von 9 Konzerten mit lokalen Bands. Eine ausführliche Beschreibung und Begründung des Projektes liegt vor.
 Der Bezirksausschuss sieht die Bandkonzerte als sinnvolle Erweiterung der Jugendarbeit und als Förderung der Jugendkultur im Stadtteil an. Daher stimmt er einer Förderung auch dieses Jahr zu. Der BA weist allerdings darauf hin, dass eine Dauerförderung nicht möglich ist, sondern nur jährlich Projekte unterstützen werden dürfen.
 Der Bezuschussung in Höhe von 3.032,25 € wird einstimmig zugestimmt.
4. **(E) Biku e.V. Verein für Bildung und Kultur: Mädchen an den Ball! Mädchenfußball im Bezirk 19 vom 01.01. - 31.12.2024; Sitzungsvorlage Nr.: 20-26 / V 11458**
 Beantragte Summe: 7.980,00 €
 Beantragt ist die Weiterführung des Projektes „Mädchen an den Ball!“ auf dem Gelände des TSV Solln. Da sich der Antragsteller über Zuschüsse finanziert, stehen keine Eigenmittel zur Verfügung - deshalb beantragt er die Bezuschussung der Personalkosten und der Miete in voller Höhe (ohne Eigenbeteiligung). Der Bezirksausschuss möchte eine Bestandsaufnahme der bisherigen zwei Jahre. Zudem legt er dem Verein nahe, sich mit den Schulen im Bezirk in Verbindung zu setzen, um eine Finanzierung zu sichern – eine dauerhafte Finanzierung kann der BA nicht leisten.
 Dem Verzicht auf Eigenmittel und der Bezuschussung in Höhe von 7.980,00 € wird einstimmig zugestimmt.
5. **(E) Elternbeirat Gymnasium Fürstenried: Inklusion, Cybermobbing, Geschlechterrollen und Suchtprävention vom 01.01. - 31.12.2024; Sitzungsvorlage Nr.: 20-26 / V 11460**
 Beantragte Summe: 5.531,25 €
 Der Zuschuss wird beantragt für die Durchführung von sechs sozialpädagogischen Projekten für die Klassenstufen 5-10. Die beantragten Projekte werden als sinnvolle Erweiterung des Lehrplans gesehen.
 Der Bezuschussung in Höhe von 5.531,25 € wird einstimmig zugestimmt.
6. **(Antrag) Bestellung städtischer Leistungen: Spielgeräte**
 Der Vorsitzende schlägt vor, am Jahresende noch vorhandene Budgetmittel zum Teil in die Verbesserung der Ausrüstung von Spielplätzen zu investieren. Vom Baureferat Gartenbau ist eine Liste möglicher Maßnahmen vorgeschlagen worden. Zunächst müssen Leistungen beantragt werden. Eine verbindliche Bestellung kann und muss erst in der nächsten Sitzung erfolgen. Dann sind auch alle weiteren Budgetanträge und die verbliebenen Restmittel besser bekannt. Der Bezirksausschuss beschließt einstimmig die städtischen Leistungen zu beantragen.

4 **Unterausschuss Umwelt** (Vortrag: stellv. UA-Vorsitzende Rosmarie Rampp)

1. **Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte**
2. **(A) Baumschutzliste**
 Für den Zeitraum vom 11.10. bis 07.11.2023 werden insgesamt 31 Bäume zur Fällung beantragt. Die vorliegende Baumschutzliste wird einstimmig beschlossen.

5 Unterausschuss Mobilität (Vortrag: UA-Vorsitzender Reinhold Wirthl)

1. Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte

- Ein Bürgerantrag vom 22.06.2023 forderte in der Sollner Straße im Abschnitt zwischen Herterichstraße und Whistlerweg ein einseitiges Halteverbot, da zwei entgegengerichtete Fahrzeuge nicht aneinander vorbei kommen und dadurch der Verkehrsfluss massiv behindert wird. Sowohl der Unterausschuss Mobilität, als auch die Polizei lehnten den Antrag ab, da sie befürchteten, dass nach Anordnung eines Halteverbots viel schneller gefahren wird (vgl. Sitzung vom 11.07.2023, TOP 5.4). Ein weiterer Bürger beantragt nun kleinere Halteverbote zur Schaffung von Ausweichstellen. Nach einem Ortstermin mit Polizei, Mobilitätsreferat und Unterausschussvorsitzenden wurde ein Antrag formuliert, dessen Umsetzung von Mobilitätsreferat bereits signalisiert worden ist.

2. (Antrag) Umgestaltung der Tölzer Straße zwischen Boschetsrieder Straße und Steinerstraße

Der vorliegende Entwurf wurde bereits in der letzten Sitzung am 10.10.2023 positiv beurteilt und an den Bezirksausschuss 6 weiter geleitet. Dieser hat den Antrag in seiner Sitzung am 06.11.2023 behandelt und ihm grundsätzlich zugestimmt. Der Bezirksausschuss stimmt dem Entwurf in einer geringfügig modifizierten Form einstimmig zu. Zu einer eventuell noch notwendigen Feinabstimmung mit dem BA 6 wird der Vorsitzende ermächtigt.

3. Gefährdungen durch abgestellte E-Tretroller

Im Rahmen der Kinder- und Jugendsprechstunde des Bezirksausschuss beschwerte sich eine Jugendliche über abgestellte E-Tretroller auf dem Radweg beim TSV Solln. Da Probleme mit verkehrsgefährdend abgestellten E-Tretroller im ganzen Stadtbezirk bestehen, hat dies der BA-Vorsitzende zum Anlass genommen beim Mobilitätsreferat nach zu fragen, welche Möglichkeiten Bürgerinnen und Bürger haben, dagegen vorzugehen. Das Mobilitätsreferat hat ausführlich geantwortet. Konkrete Beschwerde, z. B. über behindernd abgestellte E-Tretroller können jederzeit am besten mit Foto und Fahrzeug-ID (Barcode) an das zuständige E-Mail-Postfach ekf.mor@muenchen.de übermittelt werden. Bereits am 08.11.2022 hat der Bezirksausschuss 19 den Antrag „Abstellen von E-Scootern, Mietfahrrädern und E-Mietmotorrollern im Stadtbezirk“ (BA-Antrag 20-26 / B 04680) beschlossen. Der Antrag fordert von den Betreibern ein Konzept zum sicheren Abstellen der Fahrzeuge im Stadtgebiet. Bis jetzt ist der Antrag unbeantwortet und im Status Sitzungsvorlage. Auch auf der Bürgerversammlung am 26.10.2023 wurde eine Empfehlung beschlossen, die die Landeshauptstadt München auffordert, kurzfristig ein Konzept von den Betreibern der E-Tretroller zum sicheren Abstellen einzufordern. Das Schreiben des Mobilitätsreferats wird zur Kenntnis genommen und das Ergebnis des BA-Antrags sowie der Empfehlung der Bürgerversammlung werden abgewartet. Der Bezirksausschuss fordert aber nochmals dringlich eine Lösung, da durch verkehrsgefährdend abgestellte und herumliegende E-Tretroller eine erhebliche Verletzungsgefahr ausgeht.

4. (A) Verkehrsrechtliche Anordnung: Errichtung Gefahrzeichen 101 StVO mit Zusatz „Radfahrer langsam fahren“ im Bereich der Bahnunterführung Becker-Gundahl-Straße

Die Bahnunterführung ist kurvenreich und abschüssig. Durch die Beschilderung soll die Unfallgefahr verringert werden. Der Anordnung wird einstimmig zugestimmt.

5. (A) Verkehrsrechtliche Anordnung: Tempo 30 vor Kita Herterichstraße 99

In der Herterichstraße wird im unmittelbaren Einzugsbereich des Kindergartens (Hausnummer 99) zwischen ca. 30m östlich Wilhelm-Busch-Straße und westlich Schuchstraße in beide Richtungen eine 30 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung errichtet. Der Anordnung wird einstimmig zugestimmt.

6. Thomas-Mann-Gymnasium: Anregungen aus der Kinder- und Jugendsprechstunde

In der Kinder- und Jugendsprechstunde des BA 19 am 10.10.2023 wurden für den Bereich des Neubaus des Thomas-Mann-Gymnasium an der Gmunder Straße drei Anregungen für eine Änderung der Verkehrssituation geäußert. Diese wurden dem Mobilitätsreferat zur Kenntnis gegeben und dieses hat dazu Stellung bezogen.

Anregung 1 (Radweg): Der Zweirichtungsradweg für die Zufahrt zum Fahrradkeller des

Gymnasiums auf der Südseite der Gmunder Straße im Bereich nördlich des Gymnasiums nach Osten verlängern.

Antwort: Die Radwegführung in der Gmunder Straße in Richtung Osten ist gut geregelt. Der Radverkehr wird vom Radweg auf Höhe Hausnummer 37 auf die Fahrbahn geleitet. Mittels Rotmarkierung wird der Fahrverkehr entsprechend darauf hingewiesen. Zusätzlich wurde ein Halteverbot eingerichtet, damit der Radverkehr genügend Platz zum Einfädeln erhält. Die Sichtbeziehungen sind gut.

Anregung 2 (LSA): Überprüfung der Schaltzeiten der LSA Aidenbachstraße – Gmunder Straße – Busausfahrt Aidenbachstraße.

Antwort: Die Ampelschaltung an der Gmunder Straße hat das Mobilitätsreferat vor Ort beobachtet und für völlig ausreichend erachtet. Die Grünphase für Fußgänger beträgt 35 Sekunden, es sei denn, sie wird durch die ÖPNV Vorrangschaltung verkürzt. Eine Anpassung ist aus Sicht des Mobilitätsreferats nicht erforderlich.

Anregung 3 (Tempo 30): Geschwindigkeitsbegrenzung Gmunder Straße.

Antwort: In der Gmunder Straße gilt zwischen Hofmann- und Aidenbachstraße für beide Fahrrichtungen eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h. Die Polizei wurde gebeten, die Einhaltung der Geschwindigkeit zu prüfen.

Die Antworten des Mobilitätsreferats werden mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

7. **(A) Verkehrsrechtliche Anordnung: Einrichtung eines personenbezogenen Behindertenparkplatzes im Bereich Zielstattstr. 127**

Der Anordnung wird einstimmig zugestimmt.

8. **(A) Schulwegsicherheit: Gehwegnasen Walliser Straße**

Auf dem 77. Münchner Kinder- und Jugendforum am 11.05.2023 wurde ein Zebrastreifen oder ein Schülerlotse für die Walliser Straße beantragt. Beide Vorschläge sind nicht umsetzbar. Alternativ schlägt das Mobilitätsreferat nach Absprache mit den Antragstellern Gehwegnasen vor. Der Bezirksausschuss stimmt der Errichtung von Gehwegnasen einstimmig zu.

6 **Unterausschuss Bau und Planung**

(Vortrag: stellv. UA-Vorsitzender Michael Kollatz)

1. **Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte**

2. **(A) Bauvorhaben laut Liste**

2.1 **Oppenrieder Straße 49**

Beantragt ist der Neubau eines Mehrfamilienhauses (5 Wohneinheiten) und einer Tiefgarage. Der Bezirksausschuss lehnt Befreiungen von der hinteren Baugrenze, die über das Maß und die Länge des südlichen Nachbarn hinausreichen, ab. Zudem sollte die Tiefgarage weitestgehend unter dem Hauptbaukörper situiert werden. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

2.2 **Weichselgartenstraße 3**

Beantragt ist der Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage. Der Bezirksausschuss gibt keine Stellungnahme zum Bauvorhaben ab, da die hier beantragte Überschreitung der hinteren Baugrenze gebietstypisch erscheint, zudem der Nebenbau im hinteren Grundstücksteil und die aktuell noch weit in die Grundstückstiefe reichende Garage abgerissen werden und sich das Bauvorhaben nach seiner Baumasse an der Bebauung der Nachbarschaft ausrichtet. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

2.3 **Rohrauerstraße 17**

Beantragt ist der Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage. Der Bezirksausschuss gibt keine Stellungnahme zum Bauvorhaben ab, da es sich an der Nachbarbebauung orientiert. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

2.4 **Emil-Dittler-Straße Flurnummer 461/9**

Beantragt ist der Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und eines Doppelhauses mit je einem Carport. Das Grundstück befindet sich am Zusammenfluss der Emil-Dittler-Straße, der Rehbergstraße und der Muxelstraße im nordöstlichen Bereich der Kreuzung auf dem benannten, noch unbebauten Flurstück. Hinzu kommt das ebenfalls im Eigentum der Antragstellerin stehende Flurstück 459/60 mit 25 qm im Osten des Planungsumgriffs. Der Bezirksausschuss hat sich bereits mehrmals mit dem Bauvorhaben befasst, welches früher noch unter der Adresse Rehbergstraße 7 und 7a firmierte. Zuletzt in seiner Sitzung vom 16.05.2023. In der Stellungnahme zum damals vorliegenden Vorbescheidsantrag kritisierte das Gremium vor allem die Abkehr von der vorherigen Planung des Jahres 2022, die eine Einfamilienhaus-Villa vorsah, die das Grundstück wesentlich weniger in Anspruch genommen hätte, als die vorliegende Planung. Nachdem der Bezirksausschuss nun auch zum Baumschutz angehört wird und die entsprechenden Detailunterlagen vorliegen, zeigt sich das Ausmaß der Abholzung, die dem vom BA befürchteten und kritisierten Kahlschlag auf dem Grundstück entspricht.

Der Bezirksausschuss kritisiert die Uneinsichtigkeit der Antragstellerin was eine baumschutzoptimierte Planung auf Ihrem Grundstück angeht. Ein Vorbescheidsantrag, den der BA in seiner Sitzung vom 05.04.2022 behandelt hatte, sah noch eine Einfamilienhaus-Villa vor, die das Grundstück wesentlich weniger in Anspruch genommen hätte, als die vorliegende Planung. Dadurch wäre ein Kahlschlag auf dem stark bewachsenen Grundstück zu verhindern gewesen. Leider mussten die Genehmigungsbehörden dem sehr viel ausufernderen Vorbescheidsantrag aus dem Jahr 2023, auf dem die nun beantragte Planung fußt, in wesentlichen Punkten recht geben, weshalb der Bezirksausschuss leider kaum mehr baurechtliche Möglichkeit sieht, das hier beantragte Vorhaben auf ein annehmbares Maß zu reduzieren. Die hier beantragten Befreiungen für die Terrassen, die außerhalb der Baugrenze liegen, lehnt der Bezirksausschuss jedoch ab, da sich durch deren Neusituierung, bzw. Verkleinerung zumindest ein paar Bäume auf dem Grundstück erhalten ließen.

In der Baumbestandsliste werden 30 Bäume gelistet. Davon stehen vier auf den Nachbargrundstücken und sollen erhalten werden. Die restlichen 26 Bäume auf dem eigenen Grundstück sind allesamt zur Fällung beantragt. Dies entspricht dem vom Bezirksausschuss im Vorbescheidsverfahren von 2023 befürchteten und kritisierten Kahlschlag. Im Vorbescheidsverfahren von 2022, dem noch eine Einfamilienhaus-Villa zugrunde lag, wären zumindest sechs Bäume, darunter auch zwei große Europäische Lärchen (Nr. 2 und 24) mit 269 und 205 cm Stammumfang, zu erhalten gewesen. Von den nun 26 zur Fällung beantragten Bäumen fallen 19 unter die Baumschutzverordnung. Die allermeisten Gewächse stehen leider in direktem Zusammenhang mit dem auf einem Vorbescheid fußenden Baukörpern. Die Fällung der Hainbuchen mit den Nummern 15, 16, 21 und 22 mit Stammumfängen zwischen 85 und 117 cm entlang der Emil-Dittler-Straße lehnt der BA jedoch ab. Sie weisen nur einen minimalen Zusammenhang mit den Hauptbaukörpern auf und scheinen durch entsprechende Schutzmaßnahmen zu erhalten zu sein, falls die Befreiungen für die Terrassen nicht wie beantragt erteilt werden müssen. So könnte zumindest der komplette Kahlschlag auf dem Grundstück verhindert werden. Allein der Verlust von sieben Großbäumen mit Stammumfängen zwischen 189 und 269 cm kann ökologisch nicht ansatzweise kompensiert werden. In der vorliegenden Planung sind als Kompensation für die 19 unter Baumschutzverordnung fallenden und zur Fällung beantragten Bäume lediglich 8 Ersatzpflanzungen auf dem eigenen Grundstück vorgesehen. Der Bezirksausschuss fordert die maximal mögliche Anzahl von Ersatzpflanzungen auf dem eigenen Grundstück herzustellen; auf jeden Fall aber mehr als die hier vorgesehenen acht Ersatzpflanzungen. Nur der wirklich nicht zumutbare Teil sollte über Ausgleichszahlungen abgewickelt werden.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

2.5 - abgesetzt -

2.6 Königswieser Straße 5 (T)

Beantragt sind Änderungen am Teilabbruch, Umbau der Untergeschosse zu Tiefgaragen sowie Umbau des Bestandsgebäudes und Anbau eines Wohn- und Geschäftshauses im geförderten Wohnungsbau (78 neue Wohneinheiten, davon 23 nach einkommensorientierter Förderung). Die hier beantragte Tektur beschränkt sich auf Änderungen im Inneren der Bestandsbaukörper und des genehmigten Bauvorhabens, vor allem Änderungen bei den Wohnungsgrundrissen gemäß den Anforderungen an den geförderten Wohnungsbau und die Verlagerung einer Fahrradgarage in die Tiefgarage. Der BA 19 hat sich in der Vergangenheit bereits mehrmals intensiv mit dem Bauvorhaben auseinandergesetzt. Die letzte Behandlung erfolgte auf der BA-Sitzung am 07.02.2023.

Da die hier beantragte Tektur lediglich kleinere Änderungen im Inneren der Bestandsbaukörper und des genehmigten Bauvorhabens vornimmt, gibt der Bezirksausschuss keine Stellungnahme

ab.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

2.7 **Wolfratshauer Straße 214 (VB)**

Beantragt ist der Neubau von zwei Gebäuden mit gewerblicher Nutzung im Erdgeschoss (teilweise Supermarkt, teilweise Büro) und darüber liegenden Wohnnutzungen mit Tiefgarage. Der Bezirksausschuss hatte sich zuletzt in seiner Sitzung vom 11.07.2023 mit dem Bauvorhaben befasst. Im Gegensatz zur damaligen Sitzung wird der Bezirksausschuss nun auch zum Baumschutz angehört. Zudem wurden einige Unterlagen ergänzt und präzisiert, so sind Tiefgaragennutzungen nur noch im 2. und 3. UG vorgesehen, während der geplante Einzelhandel vor allem im 1. UG angesetzt wird.

Der Bezirksausschuss bleibt bei seiner Beschlussfassung vom 11.07.2023 und hält die Massivität der beantragten Baukörper weiterhin für gebietsuntypisch. Durch eine Reduzierung der Grundfläche und der durch die Tiefgaragen untersiegelten Grundstücksflächen sollte eine reduzierte, baumschutzoptimierte Planung Grundlage des weiteren Verfahrens sein. Die Zulieferung des geplanten Einzelhandels vom bestehenden Park&Ride-Platz her, sieht der Bezirksausschuss ob der Wohnbebauung in der Friedastraße weiterhin kritisch. Zwar sind mit der Einhausung der Zulieferungstasche am südlichen Ende des Grundstücks, dem Einsatz wendigerer und kleinerer Lkws und dem Verzicht der Belieferung in den Morgenstunden vor 09:00 Uhr Fortschritte erzielt worden, diese verhindern jedoch nicht die erwartbaren Verkehrsprobleme bei einer Anlieferung in den Abendstunden, wenn die Anlieferung in Konkurrenz zu den weggehenden P&R-Nutzer*innen tritt. Der BA erkennt an, dass durch die Einzelhandelsnutzung im 1.UG bereits der Umgriff für die Untersiegelung des Grundstücks gesetzt wird. Folglich kann durch eine Reduzierung der darunterliegenden Tiefgaragenfläche kein Rückgang der Grundstücksuntersiegelung erreicht werden. Auch braucht der Einzelhandel eine gewisse Nutzfläche, um als Vollsortimenter wirtschaftlich arbeiten zu können.

Um Platz für Ersatzbaumpflanzungen für die zu fällenden Bäume zu gewinnen, kann sich der BA19 die Aufhebung einiger der oberirdischen P+R Plätze vorstellen, die nicht in der heute vorhandenen Anzahl benötigt werden. Der BA bittet den Antragsteller hier entsprechend in Kontakt mit der Deutschen Bahn und der Park und Ride GmbH zu treten.

Der Bezirksausschuss weist darauf hin, dass auch genügend oberirdische Fahrradstellplätze eingeplant werden müssen. Eine diesbezügliche Berechnung oder örtliche Markierung liegt in den Unterlagen noch nicht vor. Dabei sollten auch die Bedarfe für Lastenfahräder entsprechend berücksichtigt und auch im P&R-Bereich entsprechende Angebote geschaffen werden. Eine Unterbringung von Fahrradstellplätzen in der Tiefgarage scheint aufgrund der spindelförmigen Zufahrt für Pkws nur dann sicher und sinnvoll, wenn ein geeigneter anderer TG-Zugang für Radler*innen gefunden werden kann.

Eine Öffnung der hier beantragten Grundstücke mit öffentlich nutzbaren Wegbeziehungen sollte angestrebt werden.

Da das Gremium nun auch zum Baumschutz angehört wird, führt es dazu zusätzlich Folgendes aus: Die Neufassung der Baubeschränkung von 1977, die eine gleichgroße Fläche umspannt aber nun mehr den Baumbestand an der Wolfratshauer Straße zur Ausrichtung nimmt, wird im Sinne des zukünftigen Erhalts der Bestandsbäume befürwortet. In der Baumbestandsliste werden 30 Gewächse aufgelistet, davon sechs auf den umliegenden Grundstücken. Insgesamt fallen davon 22 Gewächse unter die Baumschutzverordnung. Von diesen sind 15 zur Fällung beantragt. Diese 15 Bäume sind bei Genehmigung des Tiefgaragenumgriffs und der Hauptbaukörper leider nicht zu erhalten. Bislang sind 10 Ersatzpflanzungen auf dem eigenen Grundstück vorgesehen. Weitere fünf Ersatzpflanzungen auf dem eigenen Grundstück sollten zumindest geprüft und nur dann durch Ausgleichszahlungen abgelöst werden dürfen, wenn eindeutig festgestellt werden kann, dass im Sinne des Gedeihens der Bestandsbäume keine zusätzlichen Ersatzpflanzungen möglich sind. Zur weiteren Kompensation sind intensive Dach- und entsprechende Fassadenbegrünung vorzusehen.

Abstimmung: Zur Thematik zusätzliche Stellplätze in der Tiefgarage und Wegfall bzw. Ersatz durch Bäume und/oder Fahrradabstellplätze im P&R Bereich liegen alternative Formulierungen von Herrn Aichwalder und Herrn Dr. Lausberg vor. Zunächst wird die Alternative von Herrn Aichwalder mehrheitlich abgelehnt und die von Herrn Dr. Lausberg mehrheitlich beschlossen. Die gesamte Stellungnahme wird anschließend mehrheitlich beschlossen.

2.8 **Maxhofstraße 40**

Beantragt ist der Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage. Der Bezirksausschuss hat sich bereits in seiner Sitzung vom 12.09.2023 sehr kritisch auseinandergesetzt. Nun liegen aktualisierte Antragsunterlagen vor. Der BA 19 ist weiterhin zum Baumschutz angehört.

Der Bezirksausschuss kritisiert, dass seitens der Antragstellerin keine Übersicht über die durchgeführten Änderungen der Planung vorliegt. Es ist im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit nicht zumutbar 80 Seiten Bauantragsunterlagen nach nicht näher definierten, letztlich kleinteiligen Änderungen abzugleichen. Nach Durchsicht der neu zugesendeten Unterlagen inklusive dem zum 30.09.2023 von der Antragstellerin neu eingereichten Fragenkatalog, kann der BA 19 als eine von lediglich zwei Änderungen der Planunterlagen den zum Großteil angeblichen Erhalt mehrerer Bäume ausmachen. Waren im Fragenkatalog vom 30.06.2023 noch 11 Bäume zur Fällung beantragt (Nummern 1, 2, 3, 5, 8, 10, 11, 12, 13, 14 und 15), so sind es im nun vorliegenden Fragenkatalog vom 30.09.2023 nur noch Sechs (Nummern 1, 3, 5, 6, 8 und 15). Dies klingt erst einmal positiv, jedoch ist zu bemerken, dass von den fünf nun nicht mehr aufgezählten Bäumen trotzdem alle fünf gefällt werden sollen (Nummern 2, 10, 11, 12 und 13), diese aber nicht unter die Baumschutzverordnung fallen und allein deshalb aus der neuen Aufzählung herausfallen. Dafür soll Baum Nr. 6 auf dem nördlichen Nachbargrundstück nun zusätzlich gefällt werden, eine Robinie mit 145 cm Stammumfang. Da dieser Baum einen ausreichenden Abstand zum Hauptbaukörper aufweist, lehnt der BA diese Fällung ab. Der einzige wirkliche Fortschritt den Baumschutz betreffend, ist der vom Bezirksausschuss geforderte Erhalt des Großbaums Nr. 14, einer mehrstämmigen Winterlinde mit insgesamt 543 cm Stammumfang. Dies soll nach Willen der Antragstellerin durch Kronenrückschnitt erreicht werden. Zudem wird in der Übersicht der Geschossflächen pro Geschoss nun das Kellergeschoss mit 145 statt wie bisher mit 209 qm angegeben. Im Längsschnitt M 1:200 ist zu erkennen, dass dadurch die Tiefgarage weiter unter den Baukörper gerückt wird, wodurch der Erhalt des Baumes 14 wahrscheinlicher wird. Auch dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider ein viel zu kleiner. Deshalb verweist der Bezirksausschuss im Weiteren auf seine Stellungnahme vom 12.09.2023, die in der an die obigen Änderungen angepassten Form weiterhin Gültigkeit besitzt: Der Bezirksausschuss lehnt den vorliegenden Vorbescheidsantrag ab. Solch massive Überschreitungen der hinteren Baugrenze sind nicht ortstypisch. Die Tiefe des südlichen Nachbarn mit Hausnummer 42 wird nur durch dessen deutliches Abrücken von der vorderen Baugrenze erreicht und ist im Gesamtgefüge des Gevierts als Ausreißer zu betrachten. Ein Baukörper mit der hier beantragten Tiefe würde als Bezugsfall für weitere überzogene Baumaßnahmen gelten und ist deshalb abzulehnen. Vielmehr sollte sich das Bauvorhaben an den Hausnummer 44, 46 und 48 ausrichten, deren Tiefe das Baugesfüge des Gevierts bestimmt. Eine Reduzierung der hier beantragten Massivität und Grundfläche, und damit auch der beantragten Wohneinheiten, ist aufgrund der vorher ausgeführten baulichen Situation in der Nachbarschaft angebracht. In der Baumbestandsliste sind 23 Bäume aufgeführt, von denen sieben auf den Nachbargrundstücken wachsen. Neben zwei Bäumen auf dem nördlichen Nachbargrundstück sind weitere 9 Bäume auf dem eigenen Grundstück zur Fällung beantragt. Davon fallen wiederum sechs Bäume unter die Baumschutzverordnung. Zu diesen nimmt der BA 19 wie folgt Stellung: Die Bäume 1 und 5 wären auch mit einem Bauvorhaben, welches den Bauraum einhält, leider nicht zu erhalten. Baum 3, eine mehrstämmige Salweide, lässt sich nicht mit dem Bauvorhaben in Verbindung bringen, weshalb der BA 19 diesen Fällantrag ablehnt. Auf die Fällung von Baum 8, einer Winterlinde mit einem Stammumfang von 1,38 m auf dem nördlichen Nachbargrundstück, kann bei entsprechenden Schutzmaßnahmen und durch Reduzierung des Baukörpers ebenfalls verzichtet werden. Wie oben ausgeführt soll nun auch Baum Nr. 6 auf dem nördlichen Nachbargrundstück zusätzlich gefällt werden, eine Robinie mit 145 cm Stammumfang. Da dieser Baum einen ausreichenden Abstand zum Hauptbaukörper aufweist, lehnt der BA diese Fällung ab. Baum Nr. 15, eine Vogelkirsche mit 110 cm Stammumfang, würde durch ein die Baugrenzen achtendes Bauvorhaben ebenfalls nicht tangiert und sollte ebenfalls erhalten werden. Auf jeden Fall muss jedoch Baum Nummer 14, eine mehrstämmige Winterlinde mit einem Gesamtstammumfang von 543 cm erhalten werden. Der nun beantragte Rückschnitt darf die Lebensfähigkeit des Baums nicht gefährden. Für jeden letztendlich zur Fällung freigegebenen und unter Baumschutzverordnung stehenden Baum sind entsprechende Ersatzpflanzungen auf dem eigenen Grundstück nachzuweisen. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

7 Unterausschuss Soziales, Bildung und Sport (Vortrag: UA-Vorsitzende Polina Gordienko):

1. Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte

- Die Unterrichtung des Gesundheitsreferats über den Bundesteilhabepreis, der in diesem Jahr den Schwerpunkt „GESUNDHEIT INKLUSIV – barrierefreie ambulante Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen“ hat.

- 1.1 Das Antwortschreiben des Sozialreferats zum BA-Antrag Nr. 20-26 / B 5613 „Betreuungsangebot im Familienzentrum Friedenskapelle“
2. **(Antrag) Basketballfelder Hermann-von-Siemens-Sportpark und Plattlinger Straße / Ecke Begasweg**

Eine Bürgerin (mit einer Reihe von Unterstützerunterschriften) beantragt die Außensportanlage im Siemenspark und Ecke Plattlinger/Begasweg wieder herzurichten, so dass Klein und Groß diese benutzen können. Beantragt wird eine Erneuerung aller Basketballlinien auf den Böden, eine Erneuerung der Basketballkörbe bzw. neue Basketballkörbe und eine Beleuchtung für ein sicheres Spiel auf dem Platz. Das Schreiben wurde bereits vorab dem Baureferat Gartenbau zur Kenntnis gegeben und dem BA wurde zurückgemeldet, dass die Maßnahmen teilweise bereits durchgeführt wurden bzw. geplant sind. Eine Beleuchtung wird vom Baureferat Gartenbau abgelehnt. Die Antragstellerin ist mit den Vorschlägen des Baureferats einverstanden. Der Antrag ist damit nicht mehr notwendig.
3. **(A) Unterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten Schultheißstraße (Planungsgebiet Muttenthalerstraße)**

Der Bezirksausschuss ist am 20.10.2023 über eine Anhörung „Stadtweites Verfahren BA: Unterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11152“ informiert worden. Die Anhörungsfrist wurde vom Sozialreferat ohne Begründung extrem kurz auf den 25.10.2023 gesetzt. Deshalb war es dem Bezirksausschuss leider nicht möglich, die Stellungnahme in einer BA-Sitzung zu behandeln und öffentlich zu diskutieren. Dank des besonderen Engagements eines Mitglieds ist es dennoch gelungen eine Stellungnahme zu verfassen, der mehrheitlich zugestimmt wurde. Der Vorsitzende hat diese nach §13, Absatz 2 der BA-Satzung abgegeben.
4. **(A) Überlassung der Tennisanlage im Hermann-von-Siemens-Sportpark an den Siemens-Tennis-Club München e.V. mittels Erbbaurechtsvertrag;**

Die Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11328 sieht einen Erbbaurechtsvertrag über 50 Jahre für eine Teilfläche von ca. 8.000 m² des Hermann-von-Siemens-Sportpark für den Siemens-Tennis-Club vor.

Der Bezirksausschuss hat gegen den Vertrag keine Einwendungen und gibt einstimmig keine Stellungnahme ab.
5. **(Antrag) FairTeiler in Fürstenried**

Die Mitglieder im KlimaCafe beantragen eines FairTeiler in Fürstenried West. Eine Hütte mit Kühlschrank und Tauschregal für Lebensmittel soll am Parkplatz der Bezirkssportanlage aufgestellt werden. Die Idee wird als prinzipiell positiv gesehen, es gibt aber auch Bedenken, z.B. Hygiene, Gefahr von Vandalismus.

Der Antrag wird diskutiert. Vorhandene Fragen werden von den Antragstellern beantwortet, nachdem einstimmig deren Wortmeldung beschlossen wurde. Frau Sponer stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Frau Kuhnert spricht sich dagegen aus. Die Vertagung wird mehrheitlich beschlossen.
6. **(A) Hermann-von-Siemens-Sportpark: Öffnung der ehemaligen Freisportanlage, aktueller Planungsstand und Anpassung des Raum- und Bedarfsprogramms;**

Die Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11282 ist dem Bezirksausschuss erst am 02.11.2023 vorgelegt worden. Sie behandelt Maßnahmen zur Interimsnutzung des Parks, den Auftrag an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die baurechtlichen Voraussetzungen für die geplanten Sportstätten zu schaffen und das Referat für Klima- und Umweltschutz wird beauftragt naturschutzrechtliche Belange für das Landschaftsschutzgebiet im erforderlichen Umfang zu berücksichtigen.

Der Bezirksausschuss nimmt die Sitzungsvorlage einstimmig zustimmend zur Kenntnis. Das geplante Schulschwimmbad wird besonders positiv gesehen.
7. **(A) Schul- und Kitabauoffensive – 5. Schulbauprogramm**

Die Sitzungsvorlage ist dem Bezirksausschuss erst am 03.11.2023 vorgelegt worden. In der Sitzungsvorlage wird für die Grund- und Förderschule an der Boschetsrieder Straße ein Untersuchungsauftrag für den ganztagsgerechten Ausbau in einem weiteren Schulbauprogramm aufgeführt. Für die Grundschulen Berner Straße und Walliser Straße ist eine Anpassung der Gebäude für den ganztagsgerechten Ausbau aus dem Bauunterhalt vorgesehen. Ansonsten werden keine Schulen im 19. Stadtbezirk aufgeführt.

Der Bezirksausschuss gibt einstimmig keine Stellungnahme ab.

8 Unterausschuss Kultur
(Vortrag: UA-Vorsitzende Andrea Barth)

1. **Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte**
2. **(U) Satzungsänderung: Anhörungsrecht für die BAs auch bei größeren Veranstaltungen auf Privatgrund**
Entsprechend dem Auftrag aus der letzten Sitzung (vgl. TOP 8.2) hat der Vorstand zusammen mit der Unterausschussvorsitzenden Kultur eine Stellungnahme vorgeschlagen. Diese ist mehrheitlich von den Mitgliedern per E-Mail befürwortet worden. Daraufhin hat sie der Vorsitzende nach §13, Absatz 2 der BA-Satzung abgegeben.
3. **(U) Vermietung stadteigenes Grundstück: Forstenrieder Allee vom 01.12. bis 23.12.2023**
- Kenntnisnahme -

10 Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Antwortschreiben, Unterrichtungen, Berichte**
2. **(U) Vorkaufsrechtsprüfungsverfahren**
- Kenntnisnahme -

Protokoll

gez.
Thaler
BA-Geschäftsstelle

Sitzungsleitung

gez.
Dr. Ludwig Weidinger
BA-Vorsitzender